



Österreichischer Städtebund Landesgruppe Kärnten

9500 Villach, Rathaus
www.staedtebund.gv.at

Auskunft

Mag. Arnold Muschet
T 04242 / 205-1670
M 0664 60205 1670
E staedtebund@villach.at

Villach, 11. Mai 2022

Kinderbetreuung und Leerstandsabgabe: Städtebund positioniert sich zu wichtigen Kärntner Themen

Die Landesgruppe Kärnten hielt am 9. Mai im Fuchspalast in St. Veit ihre Landesgruppensitzung ab. Dabei wurden die kommenden Schwerpunkte für die politische Arbeit festgelegt.

Im Mittelpunkt stand die Novellierung des Kärntner Kinderbildungs- und –betreuungsgesetzes sowie die Position des Städtebundes zum Thema Leerstandserhebung als Interessensvertretung.

In den bisherigen Verhandlungen wurde von allen Beteiligten festgehalten, dass die Zielsetzung, Kärnten bis zum Jahr 2030 zur Kinder- und familienfreundlichsten Region Europas zu machen, von allen mitgetragen wird. Bürgermeister Albel, Obmann der Landesgruppe Kärnten: „Die Qualitätsverbesserungen für unsere Kinder, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Attraktivierung des Berufs der ElementarpädagogInnen ist oberste Zielsetzung des neuen Gesetzes. Wir als Städte und Gemeinden sind jedenfalls bereit, unseren Anteil dazu beizutragen. Klar ist aber auch, dass die notwendigen finanziellen Ressourcen auf das Land, die Städte und Gemeinden gleichmäßig aufgeteilt wird und es zu keiner Überforderung der Städte und Gemeinden kommt.“

Daher wurde mit Land Kärnten und Gemeindebund ein neues Fördermodell entwickelt. Darin leistet das Land Kärnten einen bedeutenden Beitrag zu den Mehrkosten. „Wichtig wäre aber auch, dass der Bund sich seiner Verantwortung für den Bildungsbereich bewusst wird und massive zusätzliche Mittel endlich zur Verfügung stellt. Die Kinderbetreuungsmilliarde ist überfällig,“ betont Albel. Er weist aber auch darauf hin, dass es „noch einige entscheidende Details“ zu klären gebe, um die Verhandlungen mit dem Land Kärnten positiv abschließen zu können, der bisherige Fortschritt zeigt aber in die richtige Richtung.

Fixiert wurde auch das Verhandlungsteam des Städtebundes: Es wird aus den Vertretern der Städte Klagenfurt, Villach, Wolfsberg, St. Veit und Feldkirchen bestehen.

Ein weiterer Schwerpunkt galt der Forderung des Städtebundes nach Einführung einer Leerstandsabgabe und der Novellierung der Zweitwohnsitzabgabe in Kärnten. Mehrere Bundesländer, zuletzt die Steiermark, haben diesen Vorstoß bereits unternommen. Leerstände, gerade im Wohnungsbereich, führen zur Verknappung von dringend benötigten Wohnraum sowie zu steigenden Mietpreisen und letztlich zu hohen Infrastrukturosten für Gemeinden. „Vor allem Städte haben einerseits die große Herausforderung, ihrer Bevölkerung auch in Zukunft leistbares Wohnen anbieten zu können und tragen andererseits die Aufwendungen für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur, wie Wasser und Kanal. Hier ist es ein Gebot der Stunde, einerseits einen fairen Kostenbeitrag zu leisten und andererseits eine Aktivierung von notwendigem Wohnraum zu schaffen“ sagt Albel. Seitens des Städtebundes wird daher mit der Stadt Villach und in intensiven Verhandlung mit dem Land Kärnten an einem Gesetzesvorschlag für die Einführung einer Leerstandsabgabe gearbeitet.

Weiters wurde auch über die notwendige Transferentflechtung zwischen dem Land Kärnten und den Städten und Gemeinden diskutiert und der Entschluss einstimmig gefasst dafür eine eigene Arbeitsgruppe einzurichten. Das Transfersystem in Kärnten soll einer Reform unterzogen werden, um eine Vereinfachung und bessere Transparenz zu ermöglichen.

Informationen über den Österreichischen Städtebund

Der Österreichische Städtebund ist die kommunale Interessenvertretung von rund 250 Städten und größeren Gemeinden. Etwa 65% der Bevölkerung und 71% der Arbeitsplätze befinden sich in Österreichs Ballungsräumen.

Mitglieder des Städtebundes sind neben Wien und den Landeshauptstädten praktisch alle Gemeinden mit über 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die kleinste Mitgliedsgemeinde zählt knapp 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Der Österreichische Städtebund ist Gesprächspartner für die Regierung auf Bundes- und Landesebene und ist in der österreichischen Bundesverfassung (Art. 115 Abs. 3) ausdrücklich erwähnt. 21 Kärntner Städte und Gemeinden sind Mitglied des Städtebundes:

<http://www.staedtebund.gv.at/landesgruppen/kaernten>

Rückfragehinweis für Medien:

Österreichischer Städtebund, Landesgeschäftsführer Mag. Arnold Muschet